

Protokoll

über die **Einwohnerversammlung der Gemeinde Blender i. S. mögliche Erkundungsbohrungen zur Erdgasgewinnung** am 28. Mai 2013, 19.00 Uhr, in der Gemeinschaftssportanlage in Blender-Intschede.

Anwesend:

Bürgermeister Axel Rott als Vorsitzender,
Gemeindedirektor Gerd Schröder,
stellv. Bürgermeister Rolf Thies,
sowie weitere Gemeinderatsmitglieder,
Maik Tönjes als Protokollführer

von der RWE Dea AG:

Herr Burmester, Leiter des Förderbetriebs Niedersachsen,
Herr Oppermann, Leiter Projektmanagement Exploration,
Herr Schlüter, Senior Referent Genehmigungen/Risiko Management,
Herr Mösche, Pressesprecher,
Herr Hoyer, Leiter Exploration Deutschland
Herr Oldenburger, Vertragsangelegenheiten
Herr Wicker, Leiter Bohrbetrieb
sowie weitere Mitarbeiter,

etwa 240 Bürgerinnen und Bürger,
sowie Vertreter der Presse

Bürgermeister Axel Rott, der die Moderation des Abends übernimmt, begrüßt alle Anwesenden, sowie die Mitglieder des Gemeinderates, Gemeindedirektor Gerd Schröder, die angereisten Mitarbeiter der RWE Dea AG und die Vertreter der Presse. Anschließend erläutert er kurz den geplanten Ablauf des Abends. Er übergibt das Wort an Herrn Burmester von der RWE Dea AG.

Dieser begrüßt seinerseits noch einmal alle Anwesenden und stellt kurz die anwesenden Mitarbeiter der RWE Dea vor. Er übergibt das Wort an Herrn Oppermann, der daraufhin das Projekt „Daverden Z1“ ausführlich vorstellt. Er geht dabei besonders auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sowie die technischen und geologischen Aspekte bei Erdgasbohrungen ein. Er erläutert, dass die Planungen darauf hinauslaufen, dass im dritten Quartal 2014 der Bohrplatz eingerichtet werden soll, um dann im vierten Quartal mit den Bohrungen beginnen zu können. Bei einer erfolglosen Probebohrung, so verspricht Oppermann, wird das Bohrloch wieder verfüllt und das genutzte Gelände rekultiviert.

Herr Oppermann erläutert, dass sich ein Bohrplatz am Osterfeldweg als günstig erweisen würde, da man hier aufgrund von Ölbohrungen in den 60er Jahren bereits Erkenntnisse über die Bodenverhältnisse besitzt. Die beiden anderen von der RWE Dea in Betracht gezogenen Standorte seien dagegen nicht geeignet einen Bohrplatz einzurichten. An der Goselaake befände man sich seiner Aussage nach zu nah an der vorhandenen Bebauung und in der Daverdener Marsch läge der Bohrplatz im Hochwassergebiet.

Ein Bürger erkundigt sich, wie hoch der Lärmpegel während der Rammarbeiten werden wird.

Herr Wicker, Leiter der Bohrabteilung von RWE Dea, erläutert, dass sich die Rammarbeiten lediglich über einen Zeitraum von ca. 2 Tagen erstrecken würden und in dieser Zeit eine Lautstärke von rund 65 Dezibel erreicht werden würde. Allerdings sei dies nur tagsüber der Fall, da nachts die Arbeiten ruhen würden.

Herr Oppermann führt aus, dass umfassende Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden. Die Lärmbelastung würde am Tage eine Grenze von 60 Dezibel und nachts eine Grenze von 45 Dezibel nicht überschreiten.

Anschließend erläutert er, dass störende Lichtimmissionen durch Anwendung moderner Technik auf ein Minimum reduziert werden sollen.

Zum Thema Grundwasserschutz führt er aus, dass die zu verwendenden Rohre durch einen speziellen Zement verzementiert werden und so keine Grundwasserverunreinigung möglich sei. Für die Probebohrungen wird auch kein vor Ort gefördertes Grundwasser verwendet, sondern eine Wassermischung, die aus Bremen angeliefert wird. Dadurch bleibt der Grundwasserspiegel in Intschede unangetastet.

Herr Rott übernimmt nun die Moderation und verliest die Fragen aus dem von den Bürgern zusammengestellten Fragenkatalog, wobei er festhält, dass einige Fragen bereits durch den Vortrag der RWE Dea beantwortet sind und er diese daher nicht mehr stellen werde.

Herr Rott: Wie ist der aktuelle Stand des Genehmigungsverfahrens?

Die RWE Dea antwortet, dass es noch keine Genehmigungen in Sachen Bohrung gebe.

Herr Rott: Warum ist die Förderung von dieser Seite der Weser erforderlich, kann das Gasfeld nicht von einer vorhandenen Station auf der anderen Weserseite angebohrt/gefördert werden?

Herr Hoyer von der RWE Dea erläutert, dass in dem in Frage kommenden Gebiet auf der anderen Seite der Weser, je nach Standort, entweder eine zu dichte Bebauung vorhanden sei oder sich der künftige Bohrplatz im Hochwassergebiet befinden müsste, wodurch die Einrichtung eines Bohrplatzes mit einem großen Kostenaufwand verbunden wäre.

Auf erneute Nachfrage seitens der Bürger warum denn keine bereits vorhandene Bohrstelle für die Bohrung in das Gasfeld genutzt werden könne, wenn es doch andernorts möglich sei bis zu 9 Km schräg in die Erde zu bohren, antwortet Herr Hoyer, dass man nicht über ausreichende Kenntnisse der Bodenbeschaffenheit verfüge, wodurch man eine solche Bohrung technisch nicht umsetzen könne.

Herr Rott: Wie erfolgen die Erkundungen vor Ort, steht der Standort schon fest?

Diese Frage beantwortet Herr Rott gleich selbst, da in dem Vortrag der RWE Dea bereits der Standort „Osterfeldweg“ von der RWE Dea genannt wurde und an dieser Stelle bereits ausreichend darüber gesprochen wurde.

Herr Rott: Wie viele Probebohrungen wird es geben?

Herr Oppermann antwortet, dass man Zurzeit von einer Probebohrung ausgehe. Er führt aus, dass je nach Erkenntnisstand nach dieser Bohrung noch eine bis zwei weitere Probebohrungen nötig sein könnten.

Aus dem Publikum kommt die Frage, wer die Kosten bei einer eventuellen Fehlbohrung tragen würde.

Herr Oppermann sagt, dass die RWE Dea diese Kosten tragen würde.

Eine Bürgerin gibt an, gehört zu haben, dass die RWE Dea die Kosten für Fehlbohrungen steuerlich absetzen könne.

Herr Oppermann bestätigt dies.

Herr Rott: Wird Schallschutz vor Beginn der Maßnahme errichtet? Lärmschutzwände?

Die RWE Dea gibt an, dass alle gesetzlichen Rahmenbedingungen des Lärmschutzes eingehalten würden. Sollten einzelne Anwohner sich trotz der Lärmschutzsicherung noch durch Lärm gestört fühlen, so sollen diese sich an die RWE Dea wenden und dann werden weitere Maßnahmen ergriffen. Dies garantiert die RWE Dea den Anwohnern.

Herr Rott: Werden Ruhezeiten eingehalten?

Die RWE Dea sagt, dass am Bohrplatz an vierundzwanzig Stunden am Tag Betrieb sein werde, wobei die Lärmimmissionen nachts so gering wie möglich gehalten werden sollen.

Herr Rott: Wie viele LKW sind pro Tag zu erwarten, während die Baustelle eingerichtet wird?

Herr Oppermann erläutert, dass für den Zeitraum der Einrichtung des Bohrplatzes ca. 12 LKW pro Tag zu erwarten seien.

Ein Bürger fragt nach, wie viele LKW denn während des Betriebes des Bohrplatzes pro Tag zu erwarten seien.

Nach Angaben der RWE Dea würden bei Betrieb des Bohrplatzes ein bis zwei LKW pro Tag die Bohrstelle anfahren.

Aus dem Publikum kommt die Frage, wer über die Zuwegung zum Bohrplatz entscheiden würde. Dies sei ein großes Streitthema, da vor allem die Anwohner aus Reer und Amedorf verhindern möchten, dass LKW durch ihre Ortschaften fahren.

Ein Mitarbeiter der RWE Dea führt aus, dass man der Gemeinde einen Vorschlag über die Zuwegung machen wird, inklusive einem Plan, wie diese ausgebaut werden soll. Anschließend würde ein Vertrag hierüber abgeschlossen werden.

Herr Rott fügt an, dass ein Ausbau der infrage kommenden Straßen dringend erforderlich sei. Dies habe eine Begehung früher am Tage gezeigt.

Einige Bürger fragen, ob die Gemeinde die Zuwegung über ihre Straßen verweigern könne.

Herr Rott sagt, dass die Gemeinde einen Vertrag nicht ablehnen kann, wenn ein Ausbau der Straße möglich ist und ein schlüssiges Konzept hierzu vorgelegt wird.

Herr Osmers aus Reer gibt den Hinweis, dass die Zuwegung statt, wie von RWE Dea angedacht, über den Osterfeldweg über einen Feldweg im Gebiet „im Holle“ erfolgen könnte. Da die geplante Zuwegung in jeden Fall ausgebaut werden müsste könne man auch diesen zurzeit nicht befestigten Feldweg ausbauen. Hierdurch würden keine LKW mehr durch den Ort Reer fahren.

Die RWE Dea dankt Herrn Osmers für diesen Vorschlag, da sie von dieser Möglichkeit bisher nicht gewusst habe.

Eine andere Bürgerin fragt wie es um die Ortsdurchfahrt Amedorf stehe.

Herr Rott erläutert, dass die LKW entweder über die „Amedorfer Twachte“ oder die „Kückewiehe“ auf die Kreis- bzw. Landstraßen gelangen könnten. Die Variante über die „Amedorfer Twachte“ hält er hierbei für wahrscheinlicher.

Aus dem Publikum kommt die Frage, welche Ladung die LKW transportieren, die durch die Ortschaften fahren werden.

Die RWE Dea gibt an, dass während des Baus des Bohrplatzes Teile der Anlage mit LKW angefahren werden und während der Bohrung Bohrspülung in TKWs und Bohrklein in geschlossenen Muldenkippern transportiert werden.

Herr Rott: gibt es Lichtbelästigung für Menschen und Tiere? Wie werden wir davor geschützt?

Am Bohrplatz wird soweit möglich indirekte Beleuchtung verwendet um die Lichtmissionen so gering wie möglich zu halten sagt die RWE Dea. Sollten sich Anwohner trotzdem durch entstehendes Licht, vor allem nachts, gestört fühlen, so sichert die RWE Dea zu in einem solchen Fall schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen.

Herr Rott: Wird unser Grundwasser für die Probebohrungen verwendet?

Die RWE Dea verneint dies und verweist auf die im Vortrag angesprochenen Ausführungen zu diesem Thema.

Die anwesenden Bürger möchten wissen, welche Inhaltsstoffe die Bohrspülung hat, die RWE Dea verwenden wird.

Herr Wicker gibt an, dass der Inhalt der Bohrspülung offengelegt werden kann und dann im Internet einzusehen wäre.

Herr Rott: Wird Quarzsand bei der Probebohrung angewandt?

Die RWE Dea verneint dies. Sie sagen aus, eine Mischung aus Bentonit und verschiedenen Salzen zu verwenden.

Herr Rott: Entsteht beim Bohren Abraum- oder Bohrschlamm, sind darin schädliche Stoffe enthalten? Wo wird er entsorgt?

Herr Oppermann sagt, dass der Bohrschlamm mittels LKW zur Entsorgung zu einem zertifizierten Entsorger nach Staßfurt gefahren wird. Um Gefahrgut handele es sich bei Bohrschlamm nicht.

Herr Rott: Es sollen nach ihren Angaben Schwingungsmesser an den Häusern in der Nähe angebracht werden. Was passiert wenn Schwingungen gemessen werden? Bekommen die Betroffenen die Daten/Protokolle? Werden diese der Gemeinde ausgehändigt?

Die RWE Dea erklärt, dass Schwingungsmesser von einem zertifizierten unabhängigen dritten Unternehmen an den betroffenen Häusern angebracht werden, was auf Kosten der RWE Dea geschehen wird. Die entsprechenden Orte für Schwingungsmesser bestimme dieses unabhängige Unternehmen in Absprache mit den betroffenen Anwohnern.

Herr Rott: Wir fordern eine Umkehr der Beweislast. Das Berggesetz findet bei Gasförderung, was die Beweislast angeht, keine Anwendung. Wir fordern eine Bestandsaufnahme in unseren Häusern, bevor mit den Bohrmaßnahmen, bzw. den Vorbereitungen seitens der RWE Dea begonnen wird.

RWE Dea gibt an, sich immer im Rahmen der Gesetze zu bewegen und sobald eine Gesetzesänderung die Beweislast umkehre werde sich die RWE Dea hieran halten.

Charlotte Voigt aus Intschede merkt an, dass in Odeweg bei einer ähnlichen Veranstaltung am 23.05.2013 die RWE Dea zugesagt hat, bei allen betroffenen Gebäuden im Vorfeld eine Bestandsaufnahme zu machen.

Die RWE Dea sagt zu, auch in Intschede und Umgebung im Umkreis von einem Kilometer um den Bohrplatz bei allen Häusern eine Kontrolle auf eigene Kosten im Vorfeld durchzuführen.

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Zusammenhang zwischen dem Erdstoß am 22.11.2012 und der RWE Dea.

Eine Aussage zu diesem Thema könne man bei RWE Dea erst gegen Ende Juni 2013 machen, da erst für diesen Zeitraum die Bekanntgabe der Ergebnisse des Niedersächsischen Erdbebendienstes (NED) im Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) erwartet wird, so ein Mitarbeiter der RWE Dea. Er sagt weiter, dass ein Zusammenhang zwischen Erdgasförderung und Erdstoß vermutet wird. Es könne aber ausgeschlossen werden, dass Bohrarbeiten in der Region seismische Ereignisse verursacht haben.

Eine Bürgerin möchte wissen, ob man sich in Zukunft „wegen jeder Kleinigkeit“ mit der RWE Dea streiten müsse, oder ob auch Zugeständnisse seitens der RWE Dea ohne vorheriger Anfragen und beweisen müßens möglich seien.

Ein Mitarbeiter der RWE Dea gibt an, dass sich die Bürger mit ihren Problemen immer an die RWE Dea wenden können.

Eine weitere Bürgerin fragt, ob bei einer erfolgreichen Probebohrung der Bohrplatz in Intschede zu einem dauerhaften Standort werden würde.

Die RWE Dea bejaht dies und führt aus, dass in diesem Fall eine Gasaufbereitungsanlage errichtet werden würde und Leitungen verlegt würden, über die das Gas abtransportiert werden würde. Das dann anfallende Lagerstättenwasser würde per LKW zur Verpressung gefahren werden. Dabei würde in der Anfangsphase lediglich ca. alle 3 Tage ein LKW das Lagerstättenwasser abfahren. Später würde aber wohl ein LKW am Tag benötigt.

Daraufhin stellt eine Bürgerin die Frage, wer für Folgeschäden wie fallende Grundstückspreise aufkommen würde.

Herr Oldenburger erklärt, dass es einen solchen Fall bisher noch nicht gegeben habe, und dass man daher hierzu keine Aussagen treffen könne.

Ein Bürger möchte wissen ob auch weitere Bohrplätze geplant oder möglich seien.

Hierzu sagt die RWE Dea, dass dies noch nicht zu beantworten sei, solange man noch keine Probebohrungen durchgeführt habe. Auf Drängen der Einwohner sagt Herr Wicker, dass bei einer erfolgreichen Probebohrung die Einrichtung weiterer Bohrplätze sehr wahrscheinlich sei.

Angesprochen auf den Zeitungsartikel „Gas-Bohrung bald auch in Werder?“, in der Verdener Aller Zeitung vom 28.05.2013, erklärt die RWE Dea, dass keine Bohrungen geplant sind und man erst weitere Erkenntnisse abwartet.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass die Fündigkeitswahrscheinlichkeit der RWE Dea nicht wie von dieser angegeben bei 30 % liege sondern, nach anderen Angaben des Konzerns, bei 50 %.

Ein Mitarbeiter der RWE Dea entgegnet, dass sich die 50 % auf die weltweite Fündigkeit beziehen würden. In Deutschland sei dieser Wert niedriger. In diesem Zusammenhang erklärt er auch, dass die Erlaubnisfelder nicht allein der RWE Dea gehören, sondern auch anderen Firmen.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sei erst ab einer Fördermenge von rund 500.000 qm Erdgas pro Tag notwendig erzählt eine Bürgerin. Sie möchte von der RWE Dea wissen, ob diese bei der Förderung bewusst knapp unter diesem Wert bleibe um eine solche Prüfung zu vermeiden.

Die RWE Dea gibt an, dass sie die mögliche Förderkapazität berechnen würde und wenn es sich lohne mehr als 500.000 qm Erdgas zu fördern, so führe man eine UVP durch.

Es folgen die Fragen, die die Bürger an Herrn Rott stellen wollen. Herr Rott stellt fest, dass diese Fragen bereits in der vorherigen Diskussion beantwortet wurden.

Nun werden Fragen zur Förderung von Erdgas, aus dem Fragenkatalog der Bürgerinnen und Bürger gestellt.

Herr Rott: Erfolgt das Abfackeln des Gases geschlossen (Enclosed Burner)?

RWE Dea erklärt, dass das Gas erst in einem Aktivkohlefilter gefiltert und anschließend in einem „Enclosed Burner“ abgefackelt werden würde. Auf diese Weise sei kein Fackelbetrieb mit offener Flamme notwendig und es würden keine giftigen Schadstoffe in die Umwelt gelangen.

Auf weitere Nachfragen erklärt die RWE Dea, dass bei Inbetriebnahme der Förderstätte für zwei bis drei Stunden das Abfackeln mit offener Flamme notwendig sein kann. Dass diese Zeit nicht überschritten wird, wird zugesichert. Katharina Englisch aus Intschede fragt, was in dieser Zeit mit den giftigen Schadstoffen geschieht. Die RWE Dea erwidert, dass diese in diesen zwei bis drei Stunden ungefiltert in die Luft abgegeben werden.

Wie immer erfolge aber alles im Rahmen der gesetzlichen Regelungen.

Ein Bürger möchte wissen, wer eigentlich den Schadstoffausstoß und die korrekte Arbeit der RWE Dea im Allgemeinen, überwache.

RWE Dea erklärt, dass dies durch einen unabhängigen Staatlichen Gutachter des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) geschehe.

Ein Bürger fragt, warum in Völkersen über Jahre ohne einen „Enclosed Burner“ abgefackelt wurde, wenn doch dabei so viele Schadstoffe in die Umwelt gelangen.

Herr Burmester erklärt, dass diese Technik in Deutschland erst seit wenigen Jahren bekannt sei, und extra aus den Niederlanden und aus Italien importiert werden musste.

Ein Bürger erkundigt sich, wie hoch die Schadstoffkonzentrationen seien, die beim Abfackeln des Gases entstehen.

Herr Burmester erklärt, dass er diese Zahlen so nicht nennen könne, da er sie nicht wisse. Er sichert aber zu, diese Angaben innerhalb von 7 Tagen an den Gemeindedirektor Gerd Schröder nachzureichen.

Herr Rott verliest folgende Forderung der Bürger: Wir fordern eine konventionelle Erdgasförderung und zu keiner Zeit darf Fracking eingesetzt werden. Das möchten wir schriftlich von der RWE Dea haben.

Die RWE Dea erläutert ausführlich ihre Vorgehensweise beim Fracken und erklärt, dass es sich in Intschede derzeit nur um eine Probebohrung handele und daher zurzeit weder Fracking geplant, noch beantragt sei.

Herr Schlüter sichert zu, dass die RWE Dea freiwillig eine Umweltverträglichkeitsstudie durchführen werde, die dann im Rathaus zur Einsicht für jedermann ausgelegt werden kann. Dies wird von Gemeindedirektor Schröder begrüßt.

Auf Nachfrage erklärt Herr Schlüter, dass es sich bei einer freiwilligen Umweltverträglichkeitsstudie nicht um eine UVP handele, und somit keine rechtlichen Konsequenzen für die RWE Dea aus einer solchen entstehen würden. Es wurden aber wohl schon Bohrplätze aufgrund von Umweltverträglichkeitsstudien und der darin enthaltenen Variantenanalyse um mehrere hundert Meter umgelegt.

Es folgen Fragen zum Lagerstättenwasser.

Herr Rott: Wurden die Trinkwasserverbände informiert?

RWE Dea erklärt, dass dies in einem Betriebsplanverfahren nicht vorgesehen ist, aber parallel Gespräche mit den Wasserverbänden geführt werden.

Herr Rott: Warum wird das Lagerstättenwasser nicht in die gleiche Tiefe verpresst aus der es gefördert wird, also 4000 bis 5000 Meter?

Zuerst wird von der RWE Dea erläutert worum es sich bei Lagerstättenwasser überhaupt handelt und woraus es sich zusammensetzt und erklärt, dass Lagerstättenwasser bei jeder Bohrung irgendwann anfällt.

Herr Rott verliest die Forderung der Bürger, dass Schadstoffe wie Benzol und Quecksilber an der Bohrstelle separiert werden sollen.

RWE Dea erklärt, dass das Lagerstättenwasser an der Bohrstelle gereinigt wird und Benzol und Quecksilber separiert werden. Außerdem werde Lagerstättenwasser in Klärwerken nur mit einer Salzkonzentration von max. 1 g/l angenommen. Lagerstättenwasser mit einer höheren Salzkonzentration wird in ca. 1000 m tiefe verpresst.

Die Politik fordert inzwischen andere Arten der Entsorgung. Daher sucht die RWE Dea nach neuen Lösungen bei der Lagerstättenwasserentsorgung. Auch die Verbringung des Lagerstättenwassers in einer Tiefe von vier- bis fünftausend Meter sei hierbei ein Thema, allerdings ist noch zu untersuchen, ob dies technisch umsetzbar ist. Alternativ wird die Aufbereitung des Lagerstättenwassers an der Oberfläche untersucht. Hierbei sei ein Problem, dass etwa 100 Gramm Salz pro Liter anfallen würden, was im Jahr rund 7000 Tonnen Salz seien. Dieses Salz müsse dann auch irgendwo entsorgt werden.

Momentan wird Lagerstättenwasser gereinigt und dann in Wittorf verpresst. Scharnhorst soll nicht mehr genutzt werden und wird auch schon seit rund einem Jahr nicht mehr angefahren.

Es wird die Frage gestellt, ob diese neuen, sich gerade in der Entwicklung befindlichen Verfahren in Intschede Anwendung finden würden.

Herr Burmester gibt an, dass diese neuen Lösungen für 2015 angestrebt seien, und bei einer eventuellen Erdgasförderung in Intschede Anwendung finden sollen. Eine schriftliche Zusage könne er hierzu allerdings nicht treffen, gibt dafür aber sein Wort.

Ein Bürger stellt die Frage, wann verpresstes Lagerstättenwasser ins Grundwasser gelangen würde.

Die RWE Dea erklärt, dass eine Vermengung von Grund- und Lagerstättenwasser nicht möglich sei.

Herr Rott erklärt an dieser Stelle, dass nicht er der Ansprechpartner bei der Verwaltung sei, da er ein repräsentatives Amt inne habe. Vielmehr sei Herr Schröder als Gemeindedirektor der zuständige Ansprechpartner. Partner des LBEG sei die Gemeinde Blender, ebenfalls vertreten durch Herrn Schröder.

Ute Mory aus Reer möchte wissen, ob die Staustufe mit dem Elektrizitätswerk hinsichtlich möglicher Erdstöße bedroht sei, und ob dies bei der Standortwahl berücksichtigt wurde.

Die RWE Dea erklärt, dass die Erdbebensicherheit bestimmter Gebäude kein Kriterium für die Standortwahl darstelle.

Herr Osmers aus Reer freut sich über die große Resonanz, die die Veranstaltung bei den Einwohnerinnen und Einwohnern ausgelöst hat. Seiner Meinung nach schildere die RWE Dea alles sehr „rosarot“. Er übergibt Gemeindedirektor Gerd Schröder zwei Unterschriftenlisten. Die erste Liste trägt den Titel „Ich bin gegen Erdgas(test)bohrungen in Intschede und Umgebung!“. Diese ist unterschrieben von 351 Bürgerinnen und Bürgern. Die zweite Unterschriften Liste enthält eine Auflistung von Forderungen, die die Bürgerinnen und Bürger an die RWE Dea stellen. Diese trägt den Titel „Wenn in Intschede und Umgebung Erdgas(test)bohrungen schon nicht zu stoppen sind, dann fordern wir die Einhaltung nachfolgender Bedingungen: Kein Gift in unserer Erde!“ und ist unterschrieben von 302 Intschedern und Reerern.

Herr Osmers kündigt ein Treffen für alle interessierten am 11.06.2013 in der Gemeinschaftssportanlage Intschede an. Bei diesem Treffen sollen die Ereignisse der heutigen Versammlung noch einmal besprochen werden und eventuell soll eine Bürgerinitiative gegründet werden.

Er hält fest, dass die Einwohner von Intschede und Umgebung überprüfen werden, wie die Verwaltung ihre Interessen vertritt und ob die RWE Dea das am heutigen Abend Versprochene einhält.

Eine Mitbürgerin fragt wie es mit einer Entschädigung für die Landwirte aussehe, die ihre Flächen an die RWE Dea abtreten müssen.

Herr Oldenburger von der RWE Dea antwortet, dass dies mit den entsprechenden Landwirten separat ausgehandelt würde.

Anschließend geht es um den möglichen Verkauf der RWE Dea durch den Mutterkonzern RWE, von dem eine Bürgerin gehört hat.

Die RWE Dea bestätigt, dass RWE plant die Dea zu verkaufen. Dies würde aber nichts an der Verantwortung, die die Dea in Deutschland hat und auch nicht an den rechtlichen Rahmenbedingungen ändern. Dies sei auch der Fall, sollte die Dea von einem ausländischen Unternehmen gekauft werden.

Herr Rott kündigt an, dass es noch weitere Infoveranstaltungen zum Thema Erdgasförderung in Intschede geben wird, sobald erste Genehmigungen erteilt sind. Zu diesen Veranstaltungen sollen dann auch zusätzlich zur RWE Dea weitere beteiligte Behörden eingeladen werden.

Er dankt allen Anwesenden für die sachliche und gute Diskussion und erinnert noch einmal an Herrn Schröder als Ansprechpartner bei der Gemeinde. Herr Rott verspricht neue Informationen immer an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben.

Er schließt die Einwohnerversammlung um 22:35 Uhr.

Vorsitzender

Gemeindedirektor

Protokollführer

Das Protokoll wurde mit der RWE Dea abgestimmt.

Erkundungsbohrung

Daverden Z 1

Bürgerinformation
Intschede

Dipl.-Ing. Heiko Oppermann

28. Mai 2013

VORWEG GEHEN

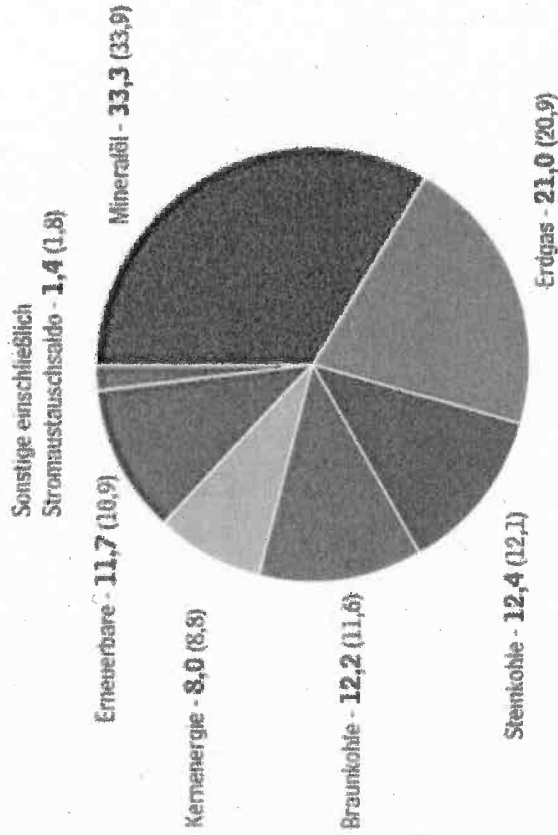


Agenda

- > Bedeutung heimischer Erdgasförderung
- > Rechtsrahmen für „Erdöl-/Erdgas Projekte“ in Deutschland
- > Aufsuchungserlaubnis Verden und Arbeitsprogramm
- > Zeit- und Ablaufplanung
- > Geologie der geplanten Erkundungsbohrung Daverden Z 1
- > Kartierung von Bohrplatzalternativen
- > Bohrplatz, Bohranlage, Bohrtechnik und mögliche Störwirkungen
- > Bohrlochsicherheit und Grundwasserschutz
- > Fazit
- > Ansprechpartner

Bedeutung des Energieträgers Gas

- > Rund 95% der gesamten Gasförderung in Deutschland kommt aus Niedersachsen.
- > Rund 8 Mrd. m³ Erdgas werden jährlich in Niedersachsen verbraucht, rund 12 Mrd. m³ werden hier gefördert: Niedersachsen könnte sich selbst versorgen
- > Dabei trugen die Gasfelder in Nordhannover 2012 ca. 15% der Produktion Deutschlands.
- > Förderabgabe 2012 auf Erdgas rd. 700 Mio. €
 - davon rd. 695 Mio. € aus Niedersachsen
 - davon rd. 134 Mio. € Anteil RWE Dea AG



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Erdgas wird in der Politik parteiübergreifend als benötigte Brückentechnologie angesehen

- > „Unsere Brückentechnologie für den Übergang sind flexible und effiziente Gaskraftwerke.“

Claudia Roth, Grüne

- > “Gas ist der einzige Energieträger, der den Namen **Brücke zu den Erneuerbaren Energien** verdient.“

Andree Böhling, Energieexperte von Greenpeace

(Quelle: <http://www.greenpeace.de/themen/energie>)

- > „(...) Bis zu einer Vollversorgung durch erneuerbare Energien kann Deutschland auf die Nutzung von Erdgas als Brückentechnologie nicht verzichten. (...) Die Erschließung neuer Erdgasquellen muss möglich bleiben. Heimische Lagerstätten leisten derzeit einen nennenswerten Anteil an der Versorgungssicherheit.“

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender und Dr. Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

VORWEG GEHEN

Rechtsrahmen Bundesberggesetz BBergG §1

Zweck des Gesetzes ist es

1. zur **Sicherung der Rohstoffversorgung** das Aufsuchen, Gewinnen und Aufbereiten von Bodenschätzen unter Berücksichtigung ihrer Standortgebundenheit und des Lagerstätten schutzes bei sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu ordnen und zu fördern
2. die **Sicherheit** der Betriebe und der Beschäftigten des Bergbaus zu gewährleisten sowie,
3. die **Vorsorge gegen Gefahren**, die sich aus bergbaulicher Tätigkeit für **Leben, Gesundheit und Sachgüter Dritter** ergeben, zu verstärken, und den Ausgleich unvermeidbarer Schäden zu verbessern

Rechtsrahmen Bundesberggesetz BBergG §§ 6, 7, 8

- > Wer bergfreie Bodenschätze **aufsuchen** will, bedarf der **Erlaubnis**
- > Wer bergfreie Bodenschätze **gewinnen** will, bedarf der **Bewilligung**
- > Diese Berechtigungen können nur natürlichen und juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften erteilt oder verliehen werden
- > Die **Erlaubnis** gewährt das **ausschließliche Recht** in dem Erlaubnisfeld die in der Erlaubnis bezeichneten **Bodenschätze aufzusuchen**
- > Die **Bewilligung** gewährt das **ausschließliche Recht** in dem Bewilligungsfeld die in der Bewilligung bezeichneten Bodenschätze zu **gewinnen sowie das Eigentum an den Bodenschätzen zu erwerben**

Rechtsrahmen Bundesberggesetz BBergG §§ 50 – 57, UVP-V Bergbau

- > **Anzeigepflicht** der Errichtung eines Aufsuchungs-, Gewinnungs- und Aufbereitungsbetriebes
- > **Betriebsplanpflicht** zur Errichtung, Führung und Einstellung eines Aufsuchungs-, Gewinnungs- und Aufbereitungsbetriebes
- > **Zulassungsverfahren mit Beteiligung** anderer Behörden und Gemeinden als Planungsträger durch LBEG
- > **Planfeststellungsverfahren mit UVP** z.B. bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt bzw. auf Grund anderer Rechtsvorschriften
- > **UVP-Pflicht** bei Gewinnung vom Erdöl > 500 t/d oder Erdgas > 500.000 m³/d und bei Errichtung / Betrieb von Förderplattformen im Bereich der Küstengewässer und des Festlandsockels

Grobe Zeit- und Ablaufplanung

bis 2. Quartal 2013: Planungs- und Informationsphase

bis 4. Quartal 2013: Genehmigungsphase mit Beteiligung TÖB's

bis 3. Quartal 2014: Detailplanung-, Beschaffungsphase

ab 3. Quartal 2014: Bohrplatzbau (ca. 2-3 Monate)

ab 4. Quartal 2014: Bohrbeginn (Dauer ca. 6 Monate)

Anschließend Auswertung der Bohr- und Messergebnisse, ggfls. Einbau einer Testgarnitur und Abbau der Bohranlage

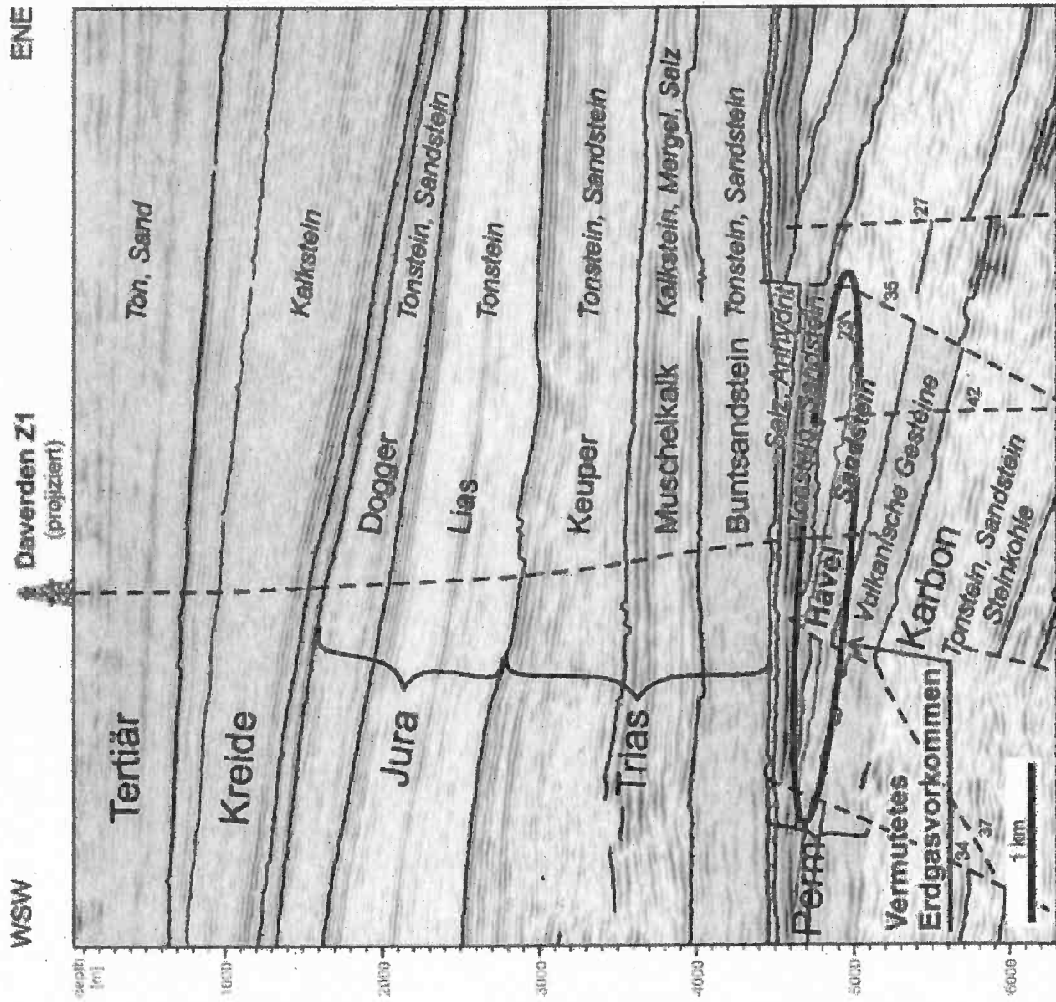
Im Fündigkeitsfall schließt sich eine ca. 1- 2 monatige Test- und Untersuchungsphase an

Im Nichtfündigkeitsfall wird die Bohrung ohne weitere Testarbeiten verfüllt / teilverfüllt und ggfls. der Bohrplatz rekultiviert.

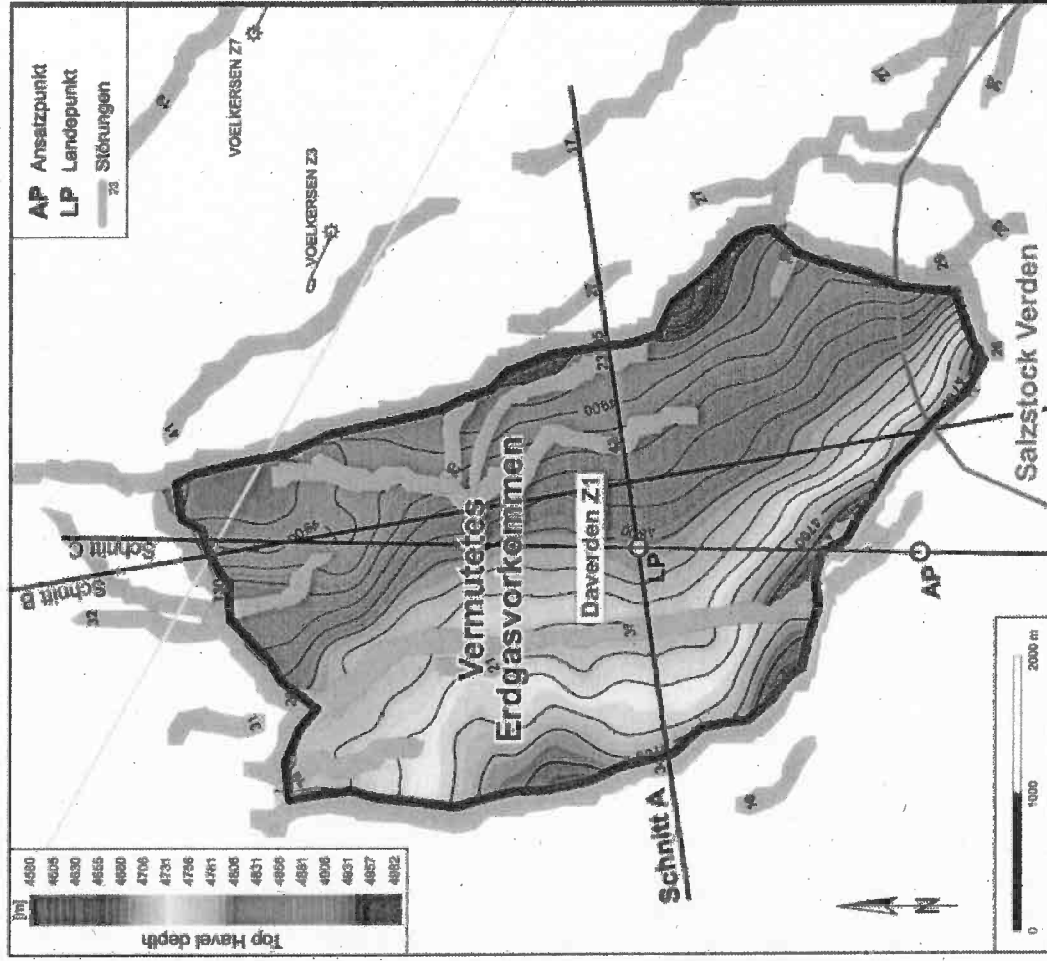
Die Rekultivierung des Bohrplatzes ist abhängig von der möglichen Option zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Erkundungsbohrung oder Ablenkung Daverden West abzuteufen

VORWEG GEHEN

Geologie der vermuteten Gaslagerstätte



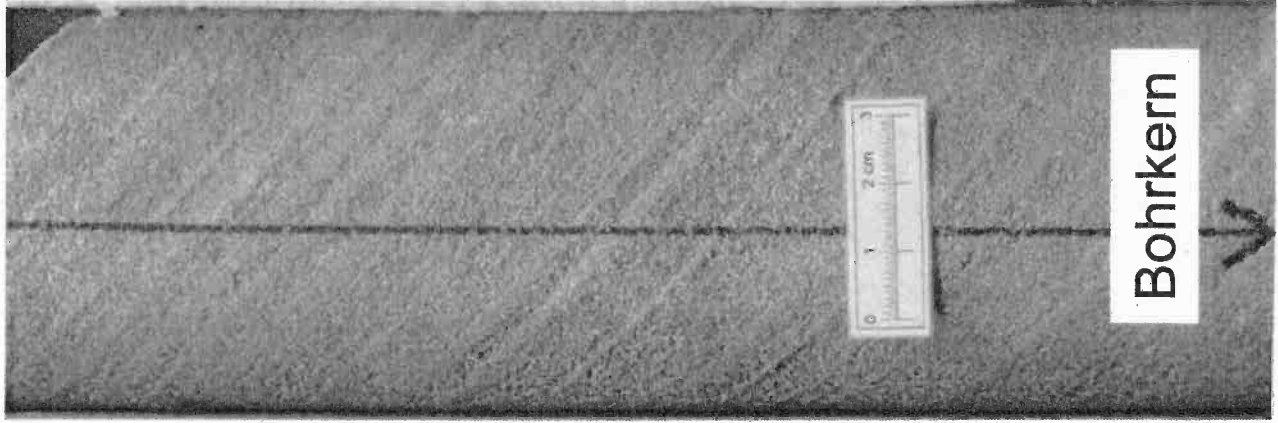
Geologischer Schnitt A



Tiefenlinienkarte des Speichergesteins
auf Basis 3D-Seismik Wedehof-Hamwiede 1993-1994

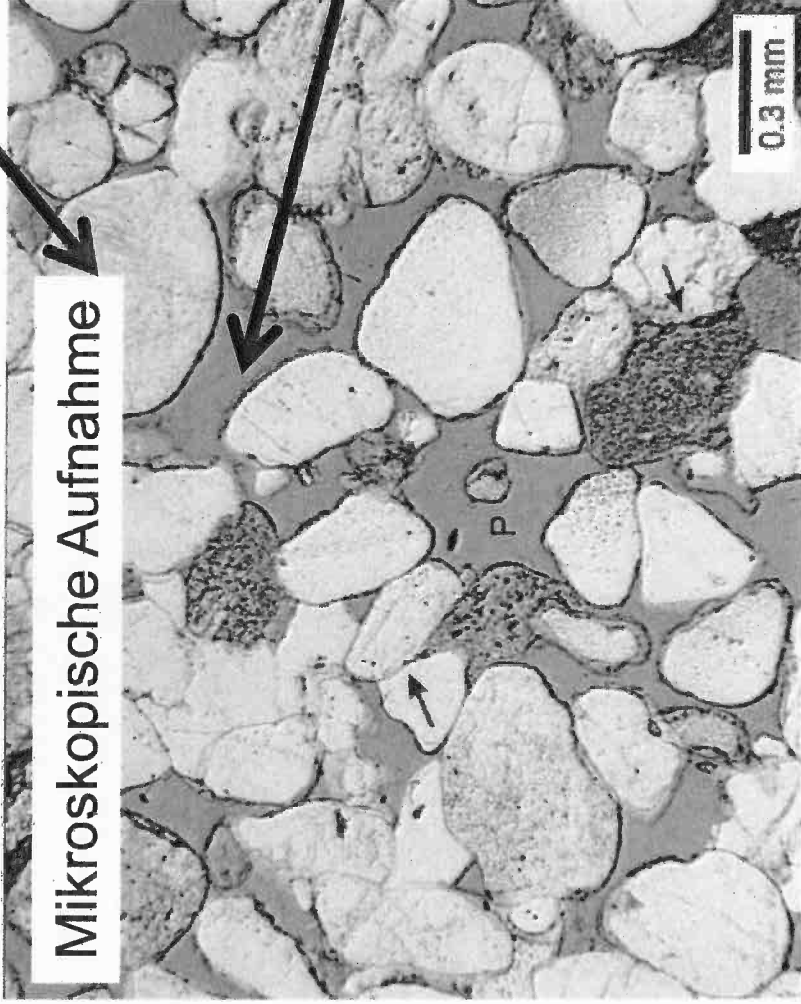
VORWEG GEHEN

Ein Blick in das Speichergestein



Grau: Sandkörner

Blau: Poren



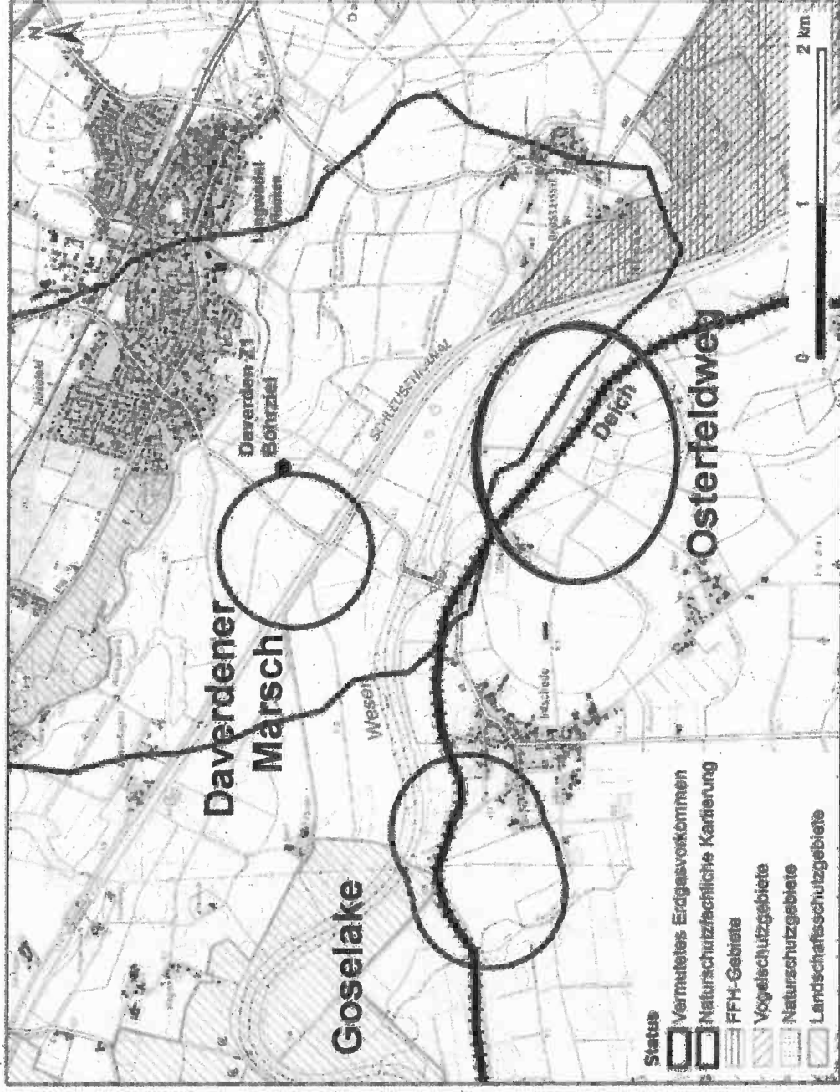
Kernmaterial Völkersen

VORWEG GEHEN

Prüfung von Bohrplatzalternativen und Umweltstudien für mögliche Standorte

Leitgedanke „Minimierungsprinzip“

- > Der Eingriff in die Lebensqualität, die Landschaft und die Umwelt soll so gering wie möglich sein
- > Kartierung von Flora und Fauna an den Lokationen Intschede West und Ost sowie im Auenbereich nördlich der Weser
- > Freiwillige Umweltverträglichkeitsstudie
 - Bestandsaufnahme und Bewertung der Schutzgüter (Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft und Kultur) zur Festlegung des endgültigen Platzes
- > Durchführung von der „Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH (ARSU)“ hat begonnen



Vorläufige, wesentliche Ergebnisse der Standortsuche

- > Das Bohrziel liegt in einer Tiefe von ca. 5.000 m unter der Daverdener Marsch
- > Der oberflächige Standort wird u.a. bestimmt durch Oberflächenaspekte und untertägige - technische / geologische - Aspekte

Goselake

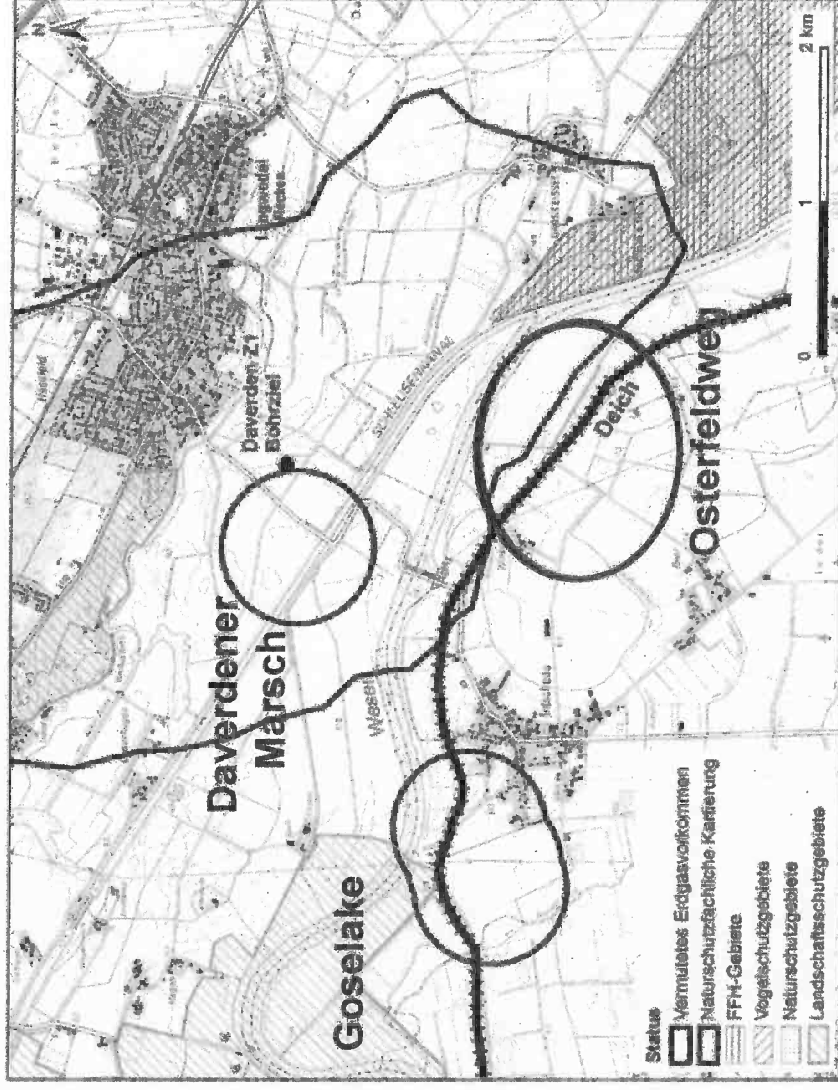
- > Vergleichsweise hohe Störwirkung durch Nähe zur Bebauung und Zufahrt durch Ortschaft

Daverdener Marsch

- > Hoher baulicher Eingriff im sensiblen Überschwemmungsgebiet der Weser

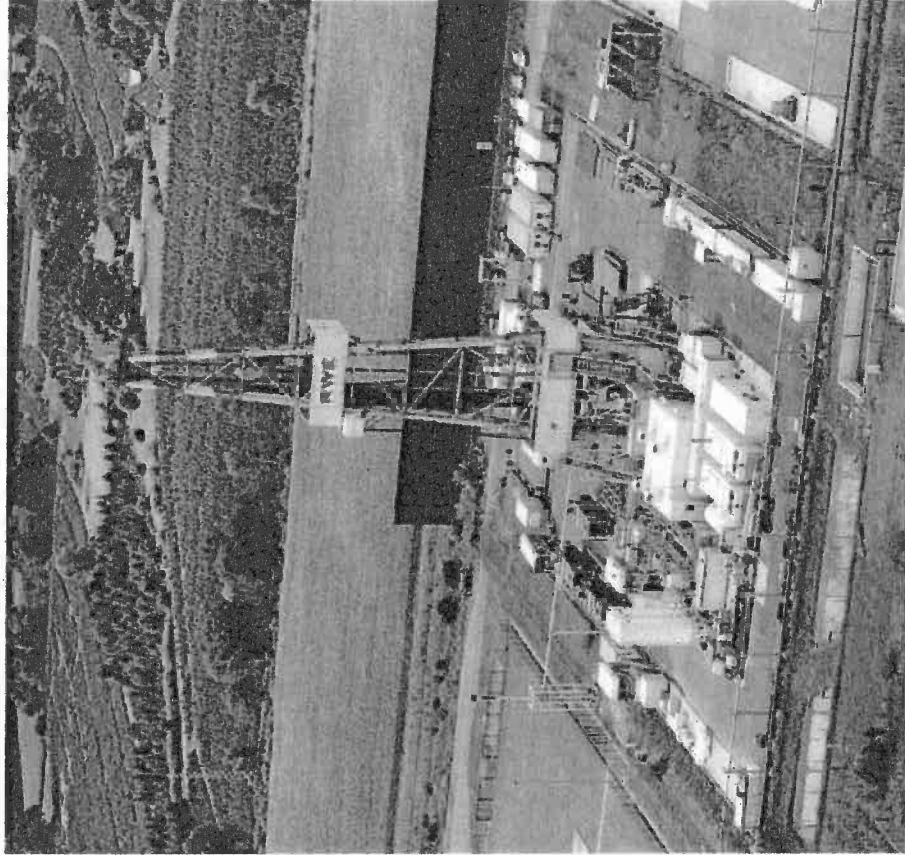
Osterfeldweg

- > Bekannter geologischer Oberbau durch Altbauung Verden 2 aus 1960
- > Geringere Störwirkung u.a. durch Lage und Logistik



Bohranlage - T160

Bohrplatz und mögliche Umwelteinflüsse



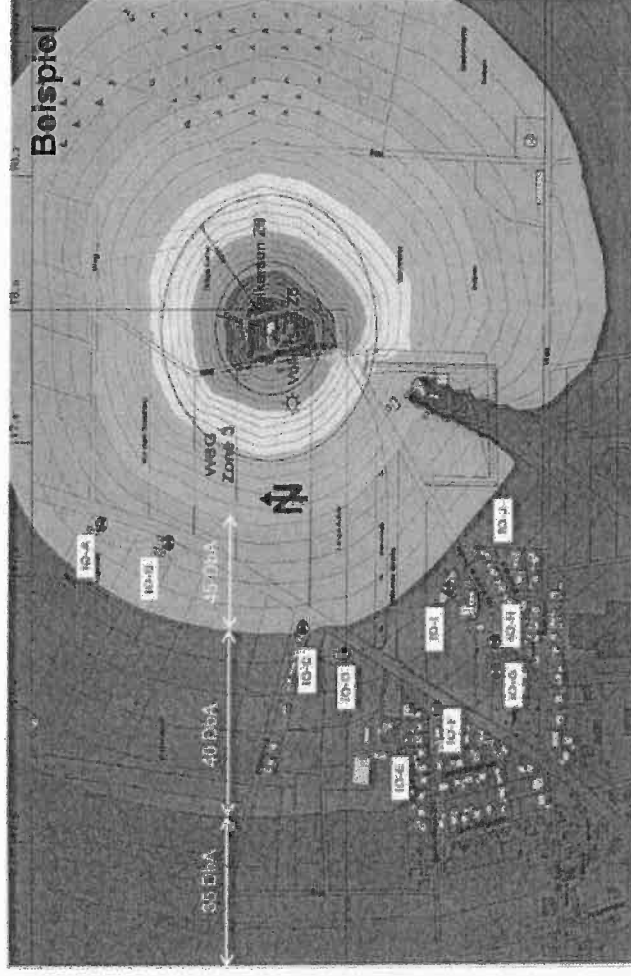
- > **Größe Bohrplatz ca. 100 m x 200 m**
 - > **Lärmimmissionen**
 - Erhöhter LKW Verkehr beim Auf-/Abbau
 - Betrieb der Anlage
 - > **Lichtimmissionen**
 - Beleuchtung der Bohrturmes und des Bohrplatzes
 - > **Niederfrequente (<100Hz) Schallimmissionen**
 - Schüttelsiebe
- Elektrisch betriebene Anlage**
- **Keine Abgasimmission!**



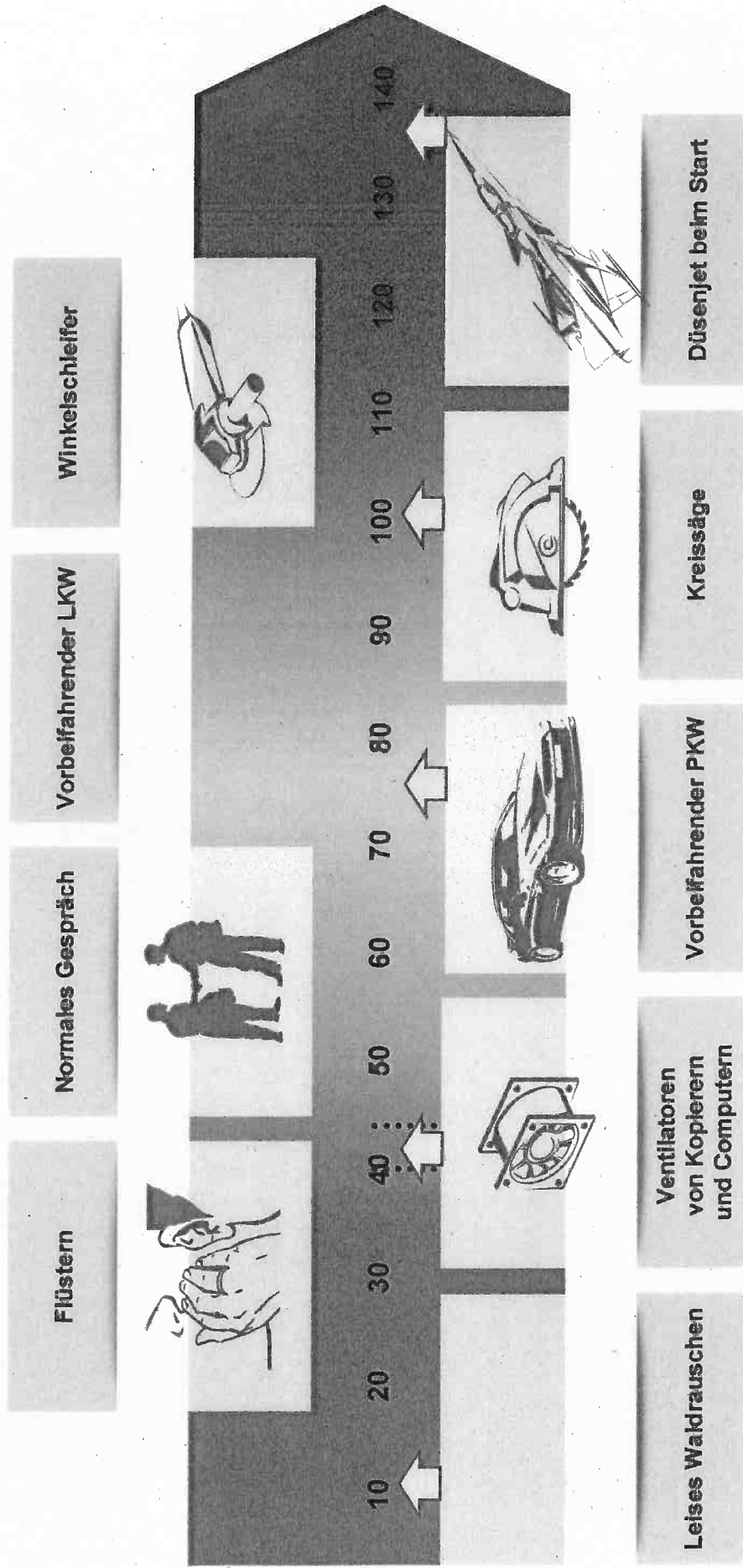
VORWEG GEHEN

Lärmimmissionen

- > Erstellung einer Lärmimmissionsprognose durch anerkannte Messstelle nach §23 BImSchG
- > Nach TA Lärm gelten in „Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten“ folgende Immissionsrichtwerte:
 - 60 Dezibel tags
 - 45 Dezibel nachts
- > Üblicherweise wird bei Bohranlagen ein Richtwert von 45 Dezibel in 400 m Entfernung erreicht.
- > 60 Dezibel treten nur direkt am Bohrplatz auf
- > Zusätzlicher Schallschutz (Schallschutzwand) ist möglich.
- > Während des Betriebes werden Messungen zur Überprüfung durchgeführt

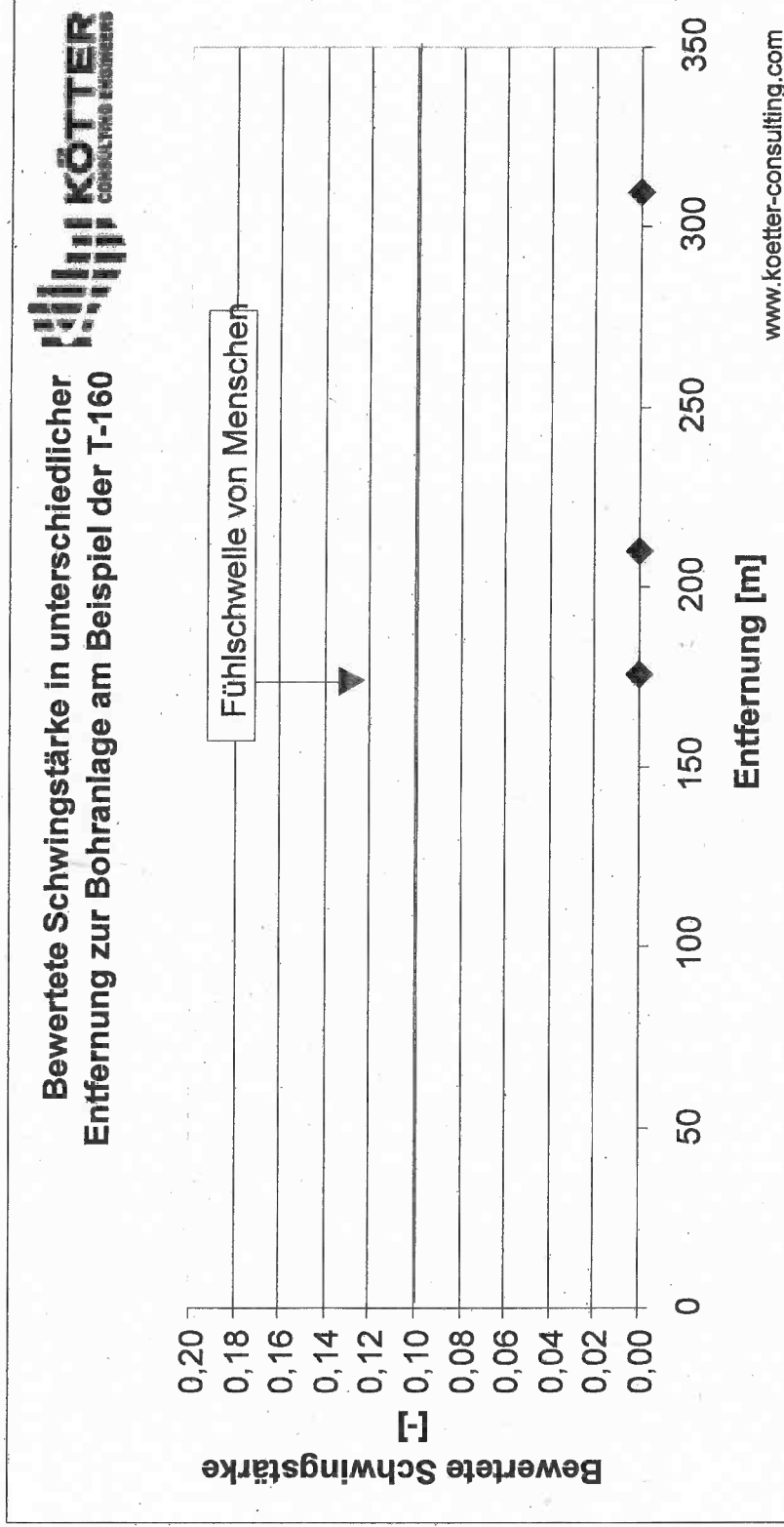


Vergleich Geräuschmissionen



Bohrtechnik

Erschütterungen beim Bohren



- > Mehrfache messtechnische Untersuchungen zur Bestandsaufnahme der Geräusch- & Erschütterungssituation durch die Landbohranlage T-160 auf einer Lokation in Völkersen
- > Keine Erschütterungen durch das Bohren im Gestein an der Oberfläche für den Menschen spürbar

Tabelle typischer/bekannter Schwingstärken

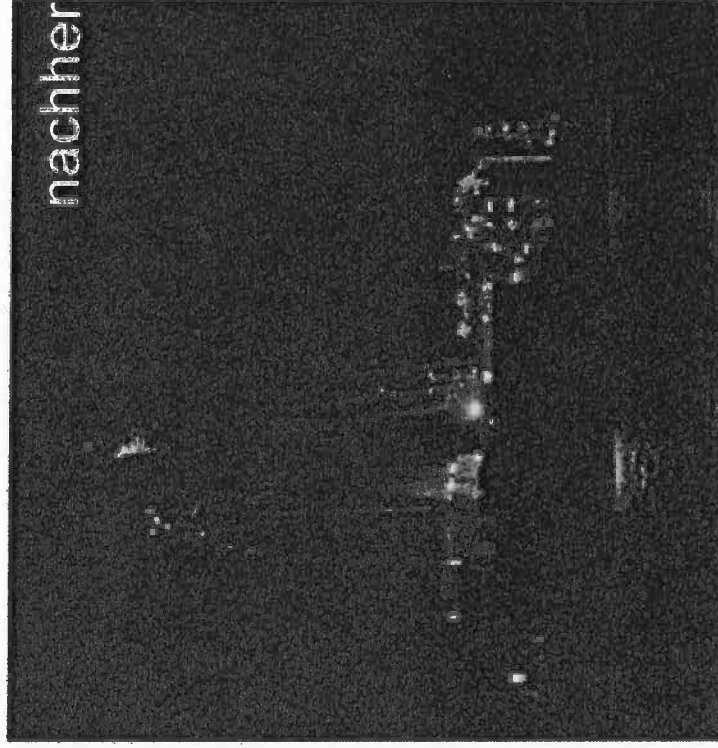
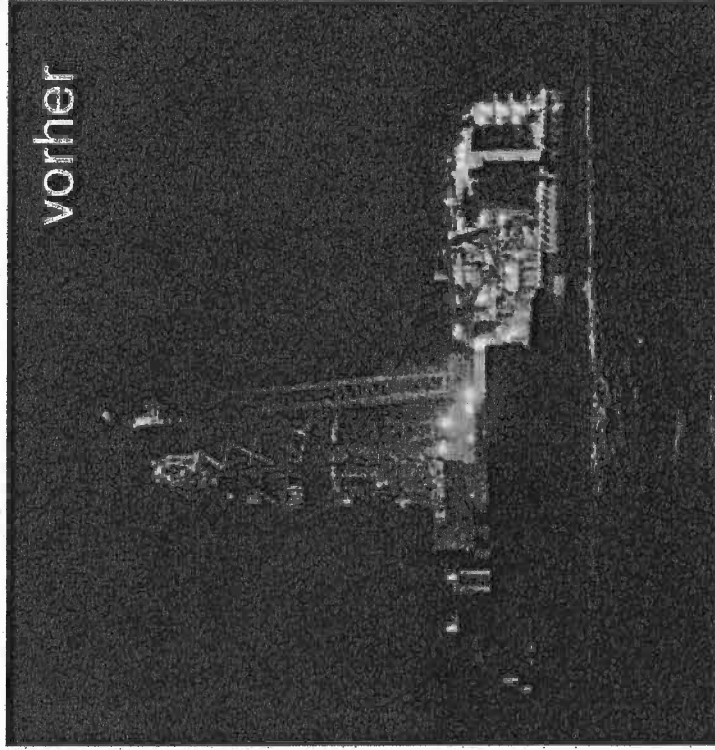
Zusammenhang zwischen bewerteter Schwingstärke und subjektiver Wahrnehmung

Arbeitsplätze bzw. -geräte	K-Wert
Abbauhämmer	79 – 139
Bohrhämmer	29 – 136
Meißelhämmer	19 – 112
Niethämmer	16 – 142
Winkelschleifer	12 – 76
Handfräser	73 – 148
Motorsägen	27 – 106
Rüttelplattenverdichter	50 – 115
Motormähgeräte	13 – 64
Radlader	12 – 47
Hydraulikbagger	7 – 37
Muldenkipper	12 – 46
Straßenwalzen	6 – 21
Gabelstapler	8 – 55
Baustellen-LKW	12 – 25
Traktoren	10 – 36

Bewertete Schwingstärke KX, KY, KZ, KB	Beschreibung der Wahrnehmung
< 0,1	nicht spürbar
0,1	Fühlschwelle spürbar
0,4	gut spürbar
1,6	stark spürbar
6,3	sehr stark spürbar
100,0	
> 100,0	

Lichtemissionen

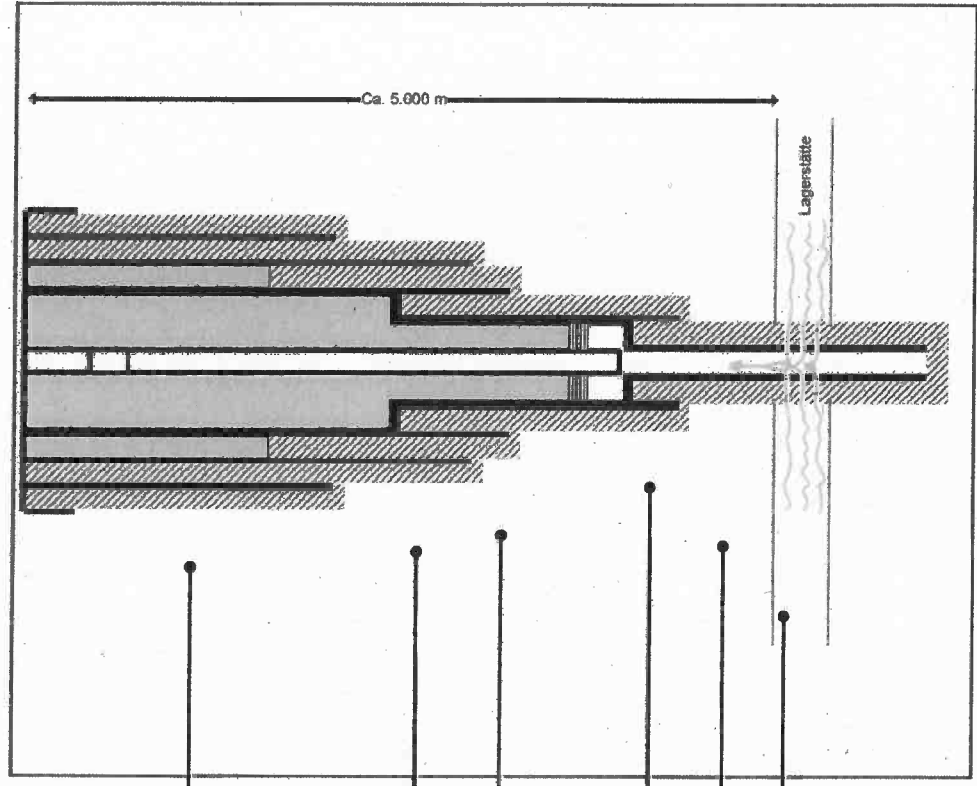
Effekt der verbesserten Beleuchtung am Beispiel Mittelplate



- > Scheinwerferausrichtung
- > Abschirmung von Lichtquellen durch zielgerichtete Beleuchtung der Baustelle/Bohrplatzes
- > Einsatz/Installation von indirekter Beleuchtung - wo möglich und sinnvoll (ohne zusätzliche Gefährdung der Arbeitssicherheit)

VORWEG GEHEN

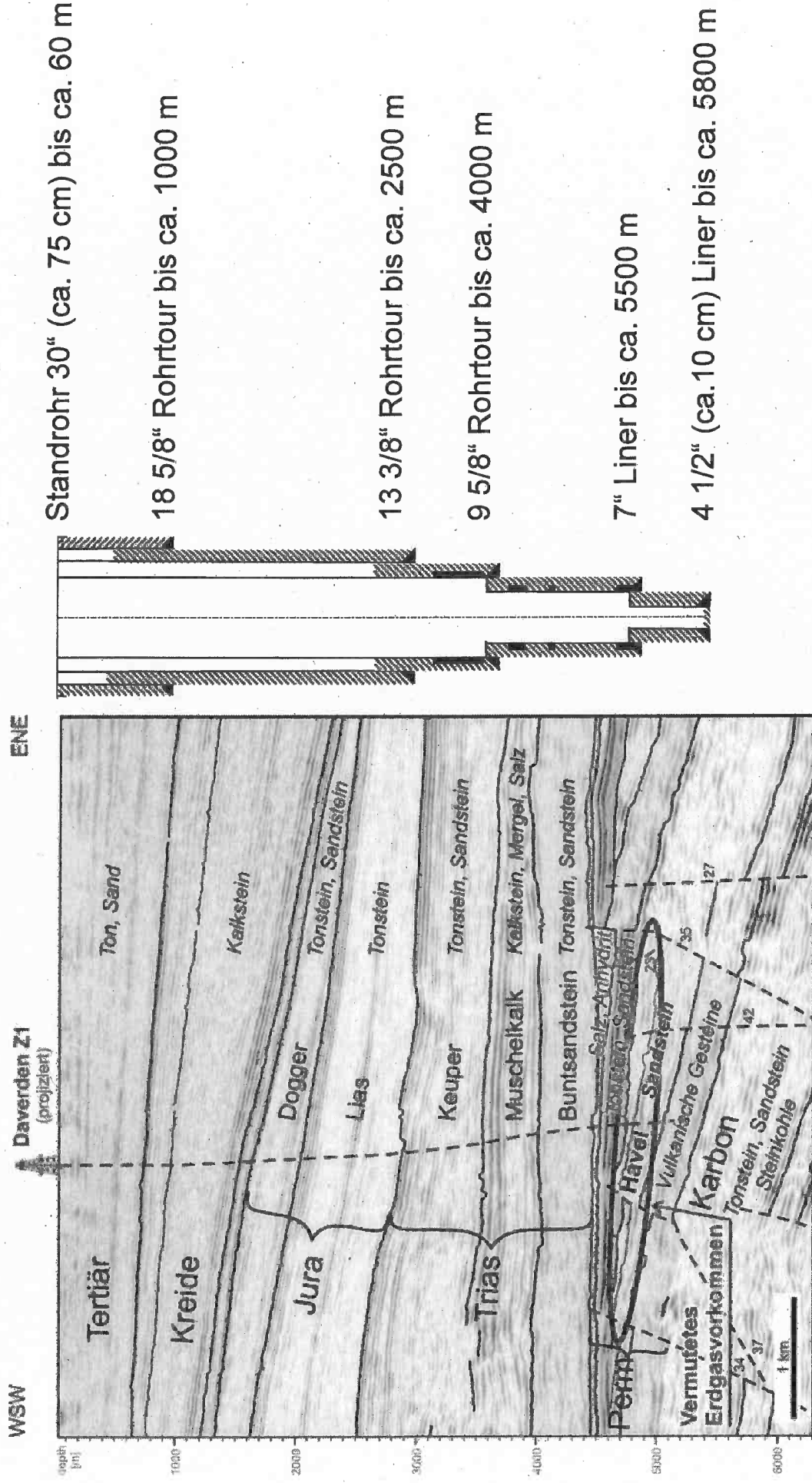
Sicherer Grundwasserschutz durch teleskopartigen Bohraufbau mit Zementation



Schutzrohre mit Zementmantel in unterschiedlichen Bohrabschnitten

Perforation durch das Stahlrohr und den Zementmantel, um die Verbindung zwischen Lagerstätte und Bohrloch herzustellen

Geologie und geplante Verrohrung



Geologischer Schnitt A

VORWEG Gehen

Fazit

- > Die Erkundungsbohrung Daverden Z 1 erfolgt als **verpflichtender Bestandteil** der Arbeiten in der vom LBEG erteilten Erlaubnis. Werden auf Grundlage des Bundesberggesetzes
- > Zur **Sicherung der Rohstoffversorgung** sollen mögliche Gasreserven erkundet werden
- > Die Auswahl der Bohrlokation und die Durchführung der Bohrarbeiten folgen dem Leitgedanken des „**Minimierungsprinzip**“, um den Eingriff in die Lebensqualität, die Landschaft und die Umwelt so gering wie möglich zu halten
- > Langjährige Erfahrung und Einsatz modernster Technologie sorgt für **sichere und umweltverträgliche Projektdurchführung**
- > Vor Beginn der Arbeiten finden **Betriebsplanverfahren mit Beteiligung der TÖB's** statt
- > Die Bohrarbeiten stehen unter **ständiger Überwachung** durch qualifiziertes Personal und erfolgen unter **Aufsicht des LBEG**
- > Weitere Arbeiten nach Beendigung der Erkundungsbohrung sind abhängig vom Bohrergebnis und erfordern **neue behördliche Zulassungen und Genehmigungen**
- > RWE Dea wird die **Öffentlichkeit** laufend informieren und hofft auf gute Nachbarschaft

Haben Sie noch Fragen?

- > Gerne bieten wir bei Interesse eine Führung über unseren Bohrplatz an.
- > Bei Fragen und Anliegen – sprechen Sie uns an:

RWE Dea Info-Point

Schülinger Straße 21 (vor dem Förderbetrieb der RWE Dea)
27299 Langwedel-Holtebützel
T+49 4232 933 262

Ansprechpartner

Diplom-Geologe Dr. Jens Sagemann

Öffnungszeiten

Montag bis Freitag, 14:00 bis 17:00 Uhr

Bzw. direkt die Unternehmenskommunikation der **RWE Dea Hamburg**:

Derek Mösche, T +49 40 6375-0 oder per Email unter info@rwedea.com

VORWEG GEHEN

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!

VORWEG GEHEN

